



Es wird immer offensichtlicher: Die Zeche für Krieg und Krisen zahlen wir. Wir, die einfachen Leute, die Arbeiter, Handwerker, Angestellten, Arbeitslosen, kleinen Selbstständigen, Kleingewerbetreibenden, Rentner, Geflüchteten und Armen.

Wir, die diese Gesellschaft erbaut und am Laufen halten, zahlen die Zeche, während sich die Reichen und Großkonzerne die Taschen vollstopfen und Profite mit den Krisen machen. Andersrum, droht zwei Dritteln der Menschen in Deutschland eine regelrechte Verarmung. Die Inflationsrate lag Ende September 2022 bei 10 Prozent und ein Ende ist nicht absehbar.

Die enormen Preissteigerungen, die Inflation bei 10 Prozent, sind zurückzuführen sowohl auf einen politisch verursachten Mangel an Energieträgern, mit der Nichtinbetriebnahme von Nord-Stream 2, einer bewussten Zuspitzung des Wirtschaftskrieges gegen Russland bis hin zum Importstopp von Öl sowie der Verhinderung von Wartungen von Nord-Stream1 und natürlich von absehbaren russischen Reaktionen auf den Wirtschaftskrieg. Oben drauf kommt eine gewollte Verteuerung der Energiepreise, da der Umbau auf umweltfreundliche Energieträger auf die Bevölkerung abgewälzt werden soll. Und nun wurde auch noch die Vorhersage von US-Präsident

Joe Biden wahr Nord-Stream 2 zu verhindern. Wörtlich sagte Biden beim Scholz-Besuch in den USA: ***Washington werde Nord-Stream 2 mit allen Mitteln stoppen.***

Die andere Seite der Preissteigerungen sind die Mitnahmen und Extraprofite der Energiekonzerne. Die europäischen Energieriesen Shell, TotalEnergies und Repsol haben im zweiten Quartal dank gestiegener Ölpreise Rekordergebnisse erzielt - ihre Vorjahreswerte konnten sie um ein Vielfaches steigern. Mit dem verlogenen Verweis auf „russische Lieferausfälle soll nun das günstige und relativ umweltverträglichen russische Erdgas mit teuren und extrem umweltschädlichen US-Fracking-Gas ersetzt werden.

Gäbe es keinen Wirtschaftskrieg gegen Russland und gäbe es nicht die Sabotage der Gaspipeline Nord-Stream, gäbe es diese Preisdifferenz und Gaspreisexplosion im kommenden Winter nicht.

**Verhandeln statt Waffenlieferungen!
Wirtschaftskrieg stoppen.
Beschlagnahmung der Krisengewinne.
100 Milliarden für Soziales und dem kaputtgesparten Gesundheitswesen, statt für Hochrüstung und der Bestie Krieg!**

DKP

Bedingt abwehrbereit ist der neue Milliarden-Sonderhaushalt der Ampel-Regierung. Jetzt gibt es also für 200 Milliarden Euro einen »Doppelwumms« (Olaf Scholz), und »Deutschland zeigt hier seine wirtschaftliche Schlagkraft in einem Energiekrieg« (Christian Lindner). Die Herrschaftssprache wird von Krise zu Krise nationalistischer und gewaltnäher, die Summen wachsen nicht im gleichen Tempo.

Für den »Kommunismus der Banker« (Karl Marx), das heißt für die staatsmonopolistische Rettung internationaler Spekulanten, stellte die Bundesregierung 2008 rund **500 Milliarden Euro** in einem Sonderfonds bereit. Vor zweieinhalb Jahren feuerte der damalige Finanzminister Scholz in der Pandemie eine Geld-»Bazooka« ab und stellte mit »Wumms« **600 Milliarden Euro** für wacklige Firmen ebenfalls in einem Schattenhaushalt bereit. Fürs Grundproblem, das durch Privatisierung ruinierte Gesundheitswesen, war vergleichsweise nichts vorgesehen. Gewiss ist daher: Es wird bei einem ähn -



lichen Anstieg der Patientenzahlen wie unter Corona kollabieren. Macht aber nichts, denn am lautstärksten waren die Proteste nicht gegen dieses Staatsversagen, sondern gegen das Virus und das Infektionsschutzgesetz – eine negative Coronafrömmigkeit in der Art von Voodoo. Mobilisierung durch Irrationalismus wird aber vom Spätkapitalismus gut ertragen, Gespenstisches gehört zu seiner Existenzweise. Außerdem lenken die diversen Bewegungen erfolgreich von der NATO-Vorbereitung auf den Weltkrieg einschließlich des seit 2014 laufenden Kriegs in der Ostukraine ab.

Mit Erfolg, denn was im Donbass geschah und jetzt unter anderem mit deutschen Waffen geschieht, wahlloser Beschuss mit rund 15.000 Toten, hat es für vermutlich 90 Prozent der Bundesbürger nie gegeben. »Tagesschau« oder *Spiegel* berichteten nicht darüber. Für Scholz, Lindner und Habeck, die am Donnerstag den neuesten Sonderfonds in Höhe von 200 Milliarden Euro mit martialischen Vokabeln präsentierten, gibt es allein »Putins Krieg«. Lindner: »Wir befinden uns in einem Energiekrieg um Wohlstand und Freiheit.« Habeck: Das »ist eine glasklare Antwort an Putin«.

Habecks Schnapsidee »Gasumlage« ist also weg, nun kommen Preisdeckel für Gas und Strom – das bedeutet Erleichterung für viele. »Rettungsschirm« wie 2008 und 2020 heißt die Sache aber nicht mehr, sondern »Abwehrschirm«. Da ist etwas dran: Abgewehrt werden soll mit der vergleichsweise niedrigen Summe vor allem die Wut, deren Vorboten sich im September auf den Straßen zeigten. Die Propagandamasche, an Reallohnverlust und Armutskatastrophe sei allein der moskowitzische Fürst der Finsternis schuld, war wirkungslos. Es hat sich herumgesprochen: Auch diese Krise ist in erster Linie selbstgemacht, und die nächste kommt im westlichen Niedergangskapitalismus zuverlässig. Daher gilt, was vor 60 Jahren der *Spiegel* der Bundeswehr bescheinigte, auch für das 200-Milliarden-Beruhigungspflaster dieses Jahres: bedingt abwehrbereit. Bezahlen müssen es ohnehin die, die am wenigsten haben.

(Arnold Schölzel, jw)

**DEUTSCHE
KOMMUNISTISCHE
PARTEI** DKP BREMEN



Unsere Zeit

jetzt 6 Wochen
Probelesen

ZEITUNG DER DKP

<https://bremen.dkp.de/bremen-lokal/>

V.i.S.d.P.: Gerd-Rolf Rosenberger, Mühlenstr. 135, HB

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>